

Stand: 05.11.2019 17:37:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2935

"Rechtsstaat schützen - Keine Solidarität mit Verbrechern!"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 18/2935 vom 04.07.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/3304 des BU vom 09.07.2019
3. Beschluss des Plenums 18/3794 vom 25.09.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 27 vom 25.09.2019



Antrag

der Abgeordneten **Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Rechtsstaat schützen – Keine Solidarität mit Verbrechern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Der Landtag steht zur Seenotrettung als wichtige Pflicht der Seefahrer. Dies beinhaltet auch die Pflicht, den Geretteten in den nächsten, sicheren Hafen zu bringen, jedoch nicht die Überfahrt und Aufnahme in EU-Länder.

Es ist aus diesem Grunde aufs Schärfste zu verurteilen, wenn Schiffsbesatzungen sich über geltendes Recht und aktuelle Rechtsprechung hinwegsetzen, um den EU-Bürgern ihre Ideologie aufzuzwingen und sich in Schleppermanier betätigen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Deutschland sich nicht in die juristischen Angelegenheiten anderer Staaten einmischt und Kriminelle nicht zu Helden hochstilisiert. Stattdessen soll die Bundesregierung unsere Verbündeten konsequent bei der Strafverfolgung unterstützen, sofern dies gewünscht ist.

Begründung:

Die sogenannte Seenotrettung wird in den letzten Jahren vermehrt von Schleppern zur illegalen Migration in die EU genutzt. Im Falle der Sea Watch 3 lag ein Anlegeverbot seitens Italiens vor. Den Eilantrag seitens der Sea Watch 3 Besatzung dennoch in Italien anlegen zu dürfen, lehnte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ab.

Das absichtliche Übertreten geltenden Rechts darf von führenden Politikern weder unterstützt noch glorifiziert werden. Insbesondere die grobe Gefährdung von Menschenleben durch die unnötige Überfahrt nach Italien trotz eines zugewiesenen Hafens in Libyen ist moralisch nicht haltbar. Weiterhin ist es unverantwortlich, Menschenleben zu gefährden, wenn beim Anlegen in Italien absichtlich ein Schnellboot gerammt wird. Es wird somit der Verlust menschlichen Lebens oder zumindest der Verlust der körperlichen Unversehrtheit in Kauf genommen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Drs. 18/2935

Rechtsstaat schützen - Keine Solidarität mit Verbrechern!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Böhm**
Mitberichterstatter: **Dr. Martin Huber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 13. Sitzung am 9. Juli 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier** und
Fraktion (AfD)

Drs. 18/2935, 18/3304

Rechtsstaat schützen – Keine Solidarität mit Verbrechern!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Martin Böhm

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Karl Straub

Abg. Florian Siekmann

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Alexander Muthmann

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich komme jetzt zurück zu Tagesordnungspunkt 2. Offen sind hier noch die **Listennummern 11 und 9** der **Anlage zur Tagesordnung:**

Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)

Rechtsstaat schützen - Keine Solidarität mit Verbrechern! (Drs. 18/2935)

und

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Margit Wild, Florian von Brunn u. a. (SPD)

Solidarität mit Carola Rackete - Seenotrettung ist kein Verbrechen (Drs. 18/2867)

Die Anträge werden zur gemeinsamen Beratung aufgerufen. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Als ersten Redner rufe ich Herrn Martin Böhm von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag hat nichts an Aktualität verloren. In Berlin werden weiter willfähige Helfer von Schlepperorganisationen zu Helden hochstilisiert. Wir hingegen fordern die Staatsregierung dazu auf, sich in Berlin künftig für den Erhalt von Recht und Gesetz stark zu machen. Das erscheint umso notwendiger, als der deutsche Innenminister seine CSU-Farbe nun endgültig abgewaschen hat und sich für die Aufnahme eines Viertels aller aus mutmaßlicher Seenot geretteten Personen, die in Italien angelandet sind, ausspricht. "Drehhofer" ist in Höchstform, und die Regierung Conte in Italien hat in ihm ihren neuen Krückstock gefunden.

Den Begriff der Seenot zu missbrauchen, ist gegenüber den unzähligen Menschen verächtlich, die auf diese Weise bisher ihren nassen Tod fanden. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob jemand auf großer Fahrt schiffbrüchig wird oder ob sich jemand in Erwartung eines besseren Lebens willentlich selbst in Seenot bringt, indem er Schleuser dafür bezahlt, mit erkennbar ungeeigneten Booten an den Rand der 12-Meilen-Zone gebracht zu werden.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ist das jetzt Ihre Bewerbungsrede für den Fraktionsvorsitz?)

Den Erstgenannten in wirklicher Seenot zu helfen, ist eine vornehme Pflicht. Aber den von der Schleppermafia ausgesetzten Menschen so weit entgegenzufahren, dass man sie auch gleich in Afrika abholen könnte, ist zwar zweifelsohne human, führt aber zwangsläufig zu Erpressungsversuchen an ganzen Staaten durch sogenannte Aktivisten der Nichtregierungsorganisationen. Beflügelt dadurch, dass sich einige Länder nun als "Gutstaaten" wohlfühlen und in manchen Staaten Städte als "Gutstaaten" gelten mögen, spielen NGOs Bürger auf dem Bierdeckel aus, immer mit dem gleichen Hintergedanken: sich in die Angelegenheiten anderer einzumischen, sich über andernorts geltendes Recht zu erheben und sich dann selbst als moralisch überlegen darzustellen.

(Beifall bei der AfD)

Eine moralische Überlegenheit, die am Ende des Tages die Bürger hier bezahlen müssen, meistens mit Geld, manchmal mit Blut.

(Alexandra Hiersemann (SPD): Das ist doch wirklich unerhört!)

Der nächstgelegene Hafen ist in dem Teil des Mittelmeers, in dem Organisationen wie Sea-Watch operieren, meist ein afrikanischer Hafen. Aber vorsätzlich werden italienische Häfen angesteuert. Dieser Institutionalisierung des Vorsatzes widersetzen wir uns vehement. Von einem Innenminister, der einer ehemals konservativen CSU ent-

stammt, hätte ich Widerstand zumindest erhofft. Sie alle sind bereits mit Tatenlosigkeit vor den Systemmedien eingeknickt, und Sie huldigen zudem bigotten Kirchenfürsten.

(Alexandra Hiersemann (SPD): Eine Unverschämtheit!)

Bei diesen Evangelen, liebe Kollegin, herrscht neuerdings der Glaube, das göttliche Öffnen der Schleuse und das Bauen der Arche Noah lägen in einer gemeinsamen Hand. So wird auf allen Kanälen die Stigmatisierung derjenigen Bürger befeuert, die eine differenzierte Meinung zur Verbringung von Flüchtlingen nach Europa haben.

(Beifall bei der AfD – Christian Flisek (SPD): Schämen Sie sich!)

– Betreiben Sie nicht beide das Geschäft der Schlepperbanden, Kollege! Sorgen Sie dafür, dass die im Mittelmeer Aufgegriffenen umgehend in Afrika angelandet werden, um dort in Flüchtlingslagern das Asylverfahren zu durchlaufen! Mischen Sie sich nicht länger in die Angelegenheiten anderer Länder ein, sondern respektieren Sie deren Gesetze!

(Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Folter!)

Stilisieren Sie nicht diejenigen zu Helden, die moralingesättigt unser Volk und halb Europa in Geiselnhaft nehmen! Kümmern Sie sich um sichere Städte hier und um sichere Häfen in Afrika! Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Pfui!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Mehring, Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Das Mikrofon funktioniert zunächst nicht)

Martin Böhm (AfD): Ich verstehe Sie auch so. Ihr Organ ist wortgewaltig.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ich verstehe Sie weder mit noch ohne Mikrofon, Herr Kollege.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Martin Böhm (AfD): Das würde mir an Ihrer Stelle schwer zu denken geben!

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Kollege Böhm, ich habe ein bisschen überlegt, ob es angesichts Ihres Wortbeitrags lohnt, unseren Feierabend noch zu strecken. Ehrlicherweise: Wir haben Ihre Bewerbungsrede um den Fraktionsvorsitz zur Kenntnis genommen. Aber ich meine, dass so etwas im Bayerischen Landtag, hier im Hohen Haus, nicht stehen bleiben darf. Ich möchte aus einem persönlichen Bedürfnis in dieser Zwischenbemerkung die Gelegenheit ergreifen, Ihnen zu sagen, dass es mich anwidert, wenn hier in einer Art und Weise "auf dem Bierdeckel", so weit Ihr Zitat, über Menschenleben gesprochen wird, wenn ein Frontalangriff auf die evangelische Kirche gefahren wird, auf Menschen, die sich engagieren, und wenn vom Blut, das angeblich an Händen der Abgeordneten des Bayerischen Landtags kleben würde, die Rede ist, weil wir Menschen, die sonst ertrinken würden, aus der See retten. Ich möchte zum Ausdruck bringen, Kollege Böhm, dass ich das eine widerwärtige Darstellung finde, die nicht nur des Ansehens des Hohen Hauses nicht würdig ist, sondern die auch mich persönlich und, ich glaube, andere Kollegen auch massiv beleidigt. Das ist etwas, wofür Sie sich vor dem Bayerischen Landtag, aber auch vor der Öffentlichkeit schämen sollten! Das war kein schöner Abschluss dieses Tages, das war widerlich!

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Martin Böhm (AfD): Lieber Kollege, zu meinen Ausführungen ein Koreferat zu halten, ehrt Sie natürlich. Das finde ich bemerkenswert, dass Sie sich dazu aufrufen,

(Weiter anhaltender Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

dass Sie versuchen, Worte zu finden. – Sie brauchen nicht zu klatschen, weil Sie mich in meinen Ausführungen nicht werden behindern können.

(Zuruf von der AfD: Bravo! – Der Abgeordnete Christoph Maier (AfD) begibt sich zum Pult des Präsidenten)

Aber der Kollege hat vollkommen recht. Nur eines mag ihm ins Buch geschrieben sein: Das nächste Mal bitte ich Sie meinen Ausführungen etwas besser zuzuhören. Wenn Sie richtig und gut zuhören, dann können Sie sich in Zukunft solche Koreferate ersparen.

(Weiter anhaltender Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

An die lieben Kollegen von den GRÜNEN: Je lauter Sie klatschen, desto größer wird der CO₂-Abdruck, den Sie absondern.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Insofern mäßigen Sie sich in Ihrer Art, die Redner hier mit Applaus zu unterbrechen. Der Applaus hat natürlich dem Kollegen gegolten. Aber deswegen werden Ihre Willens- oder in diesem Fall Unmutsäußerungen in keiner Art und Weise besser.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Warum? Das war doch Applaus!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter Maier, ich entscheide hier, wie lange geklatscht werden darf!

(Inge Aures (SPD): Wir entscheiden, wie lange geklatscht wird!)

Sie haben gar nicht mitbekommen, dass ich hier bereits nach einiger Zeit die Zeit habe stoppen lassen, damit Ihr Kollege dann Zeit hat, ausreichend darauf zu antworten.

Aber das entscheide ich, wie das Verfahren hier im Hause verläuft, und nicht Sie, die in Ihrer Art und Weise dermaßen aggressiv auftreten, dass Sie den Widerspruch natürlich sofort herausfordern. Ich werde das auch in Zukunft im Interesse des Hohen Hauses so machen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Als nächsten Redner darf ich den Abgeordneten Rinderspacher, SPD, aufrufen.

(Beifall bei der SPD)

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich zunächst ausdrücklich der Zwischenbemerkung des Vorredners Dr. Mehring an. Dazu ist alles gesagt.

Sie gestatten mir vielleicht, noch einen kleinen Erfahrungsbericht von meinen Erfahrungen auf der "Eleonore" der Mission Lifeline im August dieses Jahres, zu geben, von einer Crew, die 104 Menschenleben vor dem sicheren Tod durch Ertrinken gerettet hat, und die Debatte vielleicht ein Stück weit zu versachlichen.

In den AfD-Netzwerken liest man, da würden Kreuzfahrten stattfinden. Ich kann Ihnen versichern: Auf einem solchen Kreuzfahrtschiff waren Sie noch nicht: 20 Meter lang, die Reling etwa so hoch.

(Der Redner deutet die Höhe der Reling an)

Schon bei der geringsten Welle schwappt das Wasser über das Boot. 104 Flüchtlinge auf engstem Raum auf Deck, in kauernder Stellung. Selbst nachts konnte man die Beine nicht ausstrecken, weil man im Sitzen schlafen musste. Übrigens: Die Flüchtlin-

ge sind nicht mit Koffern und mit großen Uhren angekommen, sondern mit einer Sporthose, einem T-Shirt und einem Handy. Noch nicht mal Schuhe hatten sie an und waren acht Tage und acht Nächte an Deck unter den unwürdigsten Bedingungen. Das ist keine Kreuzfahrt. Es gab übrigens für 120 Personen eine – das regt jetzt Ihre Fantasie an – Hocktoilette. So war die Situation an Bord. Eine Kreuzfahrt sieht anders aus.

Sie haben die Seenotretter bezichtigt, sie seien kriminelle Schlepper. Ich weise das entschieden zurück. Das sind Idealisten, die zum Teil ihre Flüge selbst bezahlt haben, die Urlaub genommen haben, weil sie selbst alle im Job sind, darunter zwei Ärzte aus Hannover und aus Freiburg, die unter höchstem persönlichem Einsatz und unter widrigsten Bedingungen auf diesem Schiff ihre Arbeit gemacht haben. Ich möchte hier keinen Heldenstatus konstituieren. Aber wenn Sie sagen, sie würden mit Schleppern zusammenarbeiten – es wurde insinuiert, dann würden Blinkzeichen in Richtung Libyen usw. usf. gegeben –, ist das schlicht eine Unverschämtheit. Das ist die Unwahrheit. Es ist eine Lüge, es ist Fake News. Das hat mit der Wahrheit nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Sie sagen, es seien gar keine Asylberechtigten an Bord. – Auf der "Eleonore" waren von 104 Flüchtlingen 100 aus dem Sudan und aus dem Südsudan. Sie haben sehr hohe Berechtigungsquoten in Europa und bei uns in Deutschland. Es mag Schiffe geben, auf denen es anders ist. Nur, sollen wir die Leute deshalb nicht retten?

Sie, Herr Dr. Müller, haben sogar gesagt, die Flüchtlinge würden vorsätzlich aufs Boot gehen. Jetzt stellen Sie sich einmal vor, irgendwo in Bayern gäbe es eine Bergnot. Wird derjenige, der über Funk angerufen wird, erst einmal fragen: Haben Sie irgendwelche Sandalen an und sich selbst in diese Notsituation gebracht? Sind Sie schwarz, sind Sie weiß? Kommen Sie aus Mecklenburg-Vorpommern oder aus Bayern? Sind Sie weiblich oder männlich, sind Sie alt oder jung? – Bergnot ist Bergnot, ist Bergnot, ist Bergnot. Und dann wird geholfen. Und so ist es auch bei der Seenot: Seenot ist

Seenot, ist Seenot, ist Seenot. Und dann wird geholfen, unabhängig davon, um welche Menschen es sich handelt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sagten, die Seenotrettung sei ungesetzlich, man müsse sich an italienisches Recht halten. Ja, und die Italiener müssen sich an europäisches Recht halten. Seenotrettung ist kein Verbrechen. Seenotrettung ist gesetzlich. Es ist sogar die Pflicht der Kapitäne, zu handeln, wenn sie Schiffbrüchigen begegnen. Das ist auf dem Mittelmeer leider häufig der Fall. Es kann überhaupt keine Rede davon sein, dass die private Seenotrettung kriminell ist, wie Sie das immer wieder formulieren. Im Gegenteil, sie ist die Pflicht derer, die sich auf den Schiffen befinden.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Auch der Fraktionsvorsitzende der CSU sagt, es gäbe einen Pull-Faktor, einen Anreiz. Es gab Studien der Universitäten London und Oxford aus den Jahren 2010 und 2017, die klar besagen, die private Seenotrettung wirkt sich nicht auf die Migrationszahlen aus. Das ist auch einsichtig. Wenn Sie sich Zahlen von 2014 bis 2019 ansehen, dann stellen Sie fest, es gibt keinen inneren Zusammenhang. Es gibt aber einen Push-Faktor: Krieg, Folter, Vergewaltigung, Gefängnis. Deshalb gehen Leute auf die Boote, in großer Verzweiflung. Das kann man gut oder schlecht finden, sie deshalb aber nicht zu retten, das geht definitiv nicht.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Markus Rinderspacher (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. So weit von meiner Seite zur Versachlichung der Debatte. An dieser Stelle vielen Dank fürs Zuhören.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Böhm von der AfD-Fraktion.

Martin Böhm (AfD): Sehr verehrter Herr Kollege Rinderspacher, es ehrt Sie natürlich, dass Sie sich das vor Ort selbst angeschaut haben. Ich habe das noch nicht gemacht. Nichtsdestoweniger frage ich mich, warum gerade Sie als wortgewaltiger, wortgewandter Politiker auf diesem Schiff nicht dazu beigetragen haben, den Kapitän zu überzeugen, dass es naheliegend wäre, zu dem vor der Türe liegenden afrikanischen Ufer zurückzufahren und die Menschen dort an der Küste anlanden zu lassen. Warum haben sie vermutlich mit dafür Sorge getragen, dass die Menschen nach Italien gebracht worden sind? Wenn Sie das erklären könnten, würden wir uns freuen.

Markus Rinderspacher (SPD): Erstens war das nicht im libyschen Küstengewässer. Zweitens. Selbst wenn es so gewesen wäre, wäre es völlig verantwortungslos gewesen, die Flüchtlinge nach Libyen zurückzubringen. Ich habe die Schussverletzungen der Menschen aus dem Sudan gesehen. Sie haben mir ihre Folterverletzungen aus dem libyschen Gefängnis gezeigt. Sie haben zur Kenntnis genommen, dass erst vor wenigen Wochen ein libysches Gefängnis gekapert wurde, wo Dutzende Flüchtlinge ermordet wurden. Sie haben zur Kenntnis genommen, dass, als die libysche Küstenwache Flüchtlinge aufgenommen hat, erst in der letzten Woche ein Flüchtling von der libyschen Küstenwache erschossen wurde. Da wollen Sie die Menschen zurückbringen? Ist das Ihr Verständnis von Humanität?

(Anhaltender Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN –
Volkmar Halbleib (SPD): Sehr gut!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Karl Straub von der CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Also, es macht einen immer weiter sprachlos, was hier stattfindet. Man meint, es gibt keine Steigerung der Reden mehr, aber dann kommt Herr Böhm und setzt noch einen drauf. Ich glaube, Sie sollten sich das wirklich einmal anschauen,

mit welcher Rhetorik, in welcher martialischen Art Sie hier vorn Ihre Rede gehalten haben. Schlussendlich geht es hier, wie vorhin schon erwähnt, um Menschen.

Nichtsdestoweniger, wir haben schon beim letzten Tagesordnungspunkt über Seenotrettung ausführlich diskutiert. Man kann auch viel darüber diskutieren. Wie ich schon sagte, in den Mittelpunkt sollte man den Menschen stellen.

Zum Fall Carola Rackete. Dazu ist rechtsstaatlich in Italien noch vieles zu klären. Ich habe aber Vertrauen in unseren europäischen Partner Italien und darin, dass dort die Rechtsstaatlichkeit funktioniert. Ich glaube, wir sollten uns tunlichst aus rechtsstaatlichen Vorgängen in einem EU-Land heraushalten. Ich habe Vertrauen, dass mit Frau Rackete in Italien fair umgegangen wird und dass am Ende eine gerechte Entscheidung herauskommt.

Ich möchte Ihrer Rede Respekt zollen. Sie haben sich die Situation vor Ort angeschaut. Zur Rede von Herrn Böhm möchte ich hingegen meine tiefste Abneigung ausdrücken. Herr Mehring hat einiges dazu ausgeführt, deshalb spare ich jetzt etwas Redezeit, denn das war korrekt und richtig ausgedrückt.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Siekmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, denn nur mit denen kann man wirklich den Diskurs über die Seenotrettung im Mittelmeer führen. Ich möchte mit Ihnen über eine unsägliche Denkweise und eine Argumentationskette sprechen. Ich spreche über die Behauptung: Migrantinnen und Migranten fliehen mit unsicheren Booten über das Mittelmeer, weil Seenotretterinnen und Seenotretter sie auf dem Mittelmeer retten werden. Einige nennen dies sogar einen Pull-Effekt, also dass mehr Seenotrettung dazu führt, dass noch mehr Migrantinnen und Migranten über das Mittelmeer fliehen wer-

den. Dabei gibt es diesen Effekt nicht. Außer einer bloßen Behauptung gibt es auch keine fundierte Grundlage. Die durchaus renommierte University of Oxford hat in ihrer Studie "Border Deaths in the Mediterranean" genau untersucht, ob denn überhaupt ein Sachzusammenhang nachweisbar ist. Die Forscher haben Zeiträume, in denen Rettungsmissionen auf dem Mittelmeer aktiv waren, mit solchen verglichen, in denen eben keine Missionen stattgefunden haben. Sie haben die Zahl der Geretteten und der Toten ins Verhältnis gesetzt. Die Kernaussage dieser Studie ist, dass Seenotrettung eben nicht die Zahl der Migrantinnen und Migranten erhöht. Deshalb noch einmal zum Mitschreiben, weil ich es so wichtig finde für das Hohe Haus: Seenotrettung erhöht nicht die Zahl der Migrantinnen und Migranten, die über das Mittelmeer fliehen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Schon bevor es Seenotrettung gab, haben sich Menschen über das Mittelmeer auf den Weg nach Europa gemacht, aus vielen Gründen, über die wir eben schon einiges am Beispiel Sudan und Südsudan gehört haben. Also schüren wir keine Panik ohne Grundlage, sondern konzentrieren wir uns auf unsere humanitären Pflichten! Die Forscher haben nämlich sehr wohl nachgewiesen, dass Seenotrettung das Sterblichkeitsrisiko von Migrantinnen und Migranten auf dem Mittelmeer signifikant senken kann. Die EU hat die Pflicht, eine flächendeckende und eine robuste Seenotrettung aufzubauen, um Auswege aus diesem humanitären Desaster aufzuzeigen. Dazu gehört natürlich auch, dass wir uns als Europäische Union in der Welt engagieren, Konflikte schlichten, mit unserer Wirtschaftspolitik dafür sorgen, die Lebensgrundlagen zu erhalten, und nicht zuletzt die Klimakrise bekämpfen, weil sie noch weit mehr Migrationsbewegungen entstehen lässt. Davon, meine Damen und Herren, haben die Parteien vom rechten Spektrum hier im Parlament aber sowieso keine Ahnung.

Den Bootsflüchtlingen – jetzt bin ich wieder bei der Seenotrettung, und das ist wichtig – muss nach Anlandung in einem sicheren europäischen Hafen natürlich eine men-

schenwürdige Aufnahme und der Zugang zu einem fairen Asylverfahren gewährt werden. Nun die zivilen Helferinnen und Helfer, die dafür sorgen, dass die Menschen in diese sicheren Häfen kommen, zu kriminalisieren, ist erbärmlich. Die Pflicht zur Seenotrettung ist Völkerrecht.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn ich nicht darüber sprechen kann, was in anderen Teilen der Welt in den Meeren passiert und was vor den italienischen Küsten und in den italienischen Häfen passiert, wird das Völkerrecht gegenstandslos. Es funktioniert nur dann, wenn sich die Staaten gegenseitig überwachen, beobachten und auch kritisieren dürfen. Es geht nicht nur um das Völkerrecht. Die Seenotrettung ist natürlich auch eine europäische Angelegenheit. Für uns ist es entscheidend, dass wir Fortschritte innerhalb der Europäischen Union bei der Frage der Migrationspolitik und bei der Frage der Seenotrettung erreichen. Wir dürfen uns nicht weiter dem Diskurs verschließen, sondern müssen nach Lösungen suchen. Wir sollten nicht den Skandal, sondern die Lösung in den Mittelpunkt stellen. Für uns ist ganz klar: Kern einer solchen humanitären EU-Migrationspolitik und der Seenotrettung muss es sein, dass das Recht auf Leben der Menschen, die hierher fliehen, nicht verhandelbar ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Tobias Gotthardt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal danke ich den Kollegen Rinderspacher, Straub und Siekmann. Ihre Beiträge waren ruhig, überlegt und sachlich. Genau das brauchen wir. Nur so kann man über ein Thema diskutieren, bei dem es um Menschenleben, Schicksale, Leid und Vertreibung geht. Das ist der richtige Ansatz. So machen wir das. Alles andere ist indiskutabel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ein Satz ist mir auch wichtig: Seenotretter sind keine Kriminellen. Das muss ganz klar sein. Sie brauchen Rechtssicherheit – das stimmt. In der Auslegung gibt es zum Teil Schwierigkeiten. Das müssen wir sehen. Es stoßen unterschiedliche Rechte aufeinander. An dieser Stelle brauchen wir mehr Rechtssicherheit. Was die Seenotretter aktuell machen, ist eigentlich eine staatliche Aufgabe. Bislang hat die EU versagt. Ich würde mir wünschen, dass die Staaten das übernehmen, was die Seenotretter tun. Das wäre ihre ureigenste Aufgabe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wir sind uns auch darüber einig, dass jeder Ertrunkene im Mittelmeer ein Ertrunkener zu viel ist. Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen. Wenn wir uns der Lösung nähern, ist auch jedes Flüchtlingsboot auf dem Mittelmeer ein Flüchtlingsboot zu viel. Deshalb ist es mir wichtig, das ganze Thema im Gesamtkontext zu sehen. Wir können nicht separat über die Seenotrettung diskutieren, sondern müssen darüber im Gesamtkontext der Flucht sprechen. Für mich beginnt die Lösung von außen nach innen. Unsere Aufgabe muss es sein, durch eine vernünftige Entwicklungspolitik Fluchtursachen zu vermeiden. In Libyen kann man weder anlanden noch irgendwelche Lager einrichten. Libyen ist kein sicherer Staat. Wir müssen in Nordafrika EU-Asylzentren einrichten. Wir müssen einen kompromisslosen Kampf gegen die Schlepper führen. Die Schlepper sind die Kriminellen, die wir bekämpfen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD)

Im nächsten Schritt müssen wir die EU-Außengrenzen kontrollieren und sichern. Diese Aufgabe muss die EU stärker auf See und in den Staaten wahrnehmen. Das ist keine Abschottung, aber eine Kontrolle der Außengrenzen gehört dazu. Das ist die Aufgabe der europäischen Staaten. Wenn dann trotzdem noch ein Boot auf dem Mittelmeer verunglückt, muss man selbstverständlich helfen. Daran geht überhaupt kein Weg vor-

bei. Wir können dafür dankbar sein, dass es Menschen gibt, die diese Hilfe leisten – Gott sei Dank gibt es sie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wenn wir weiter nach innen gehen, kommen wir zur Frage der Verteilssysteme. Ich möchte an dieser Stelle keine herausgelöste Teillösung. Ich möchte, dass wir die Dublin-Regeln überarbeiten und wieder ein vernünftiges System haben, bei dem alle mitmachen – nur dann kann es wirklich funktionieren.

Zwei Aussagen sind für mich wichtig. Erstens: Seenotretter sind keine Kriminellen. Zweitens: Wir werden das Problem in Gänze nur lösen können, wenn wir uns den Gesamtkomplex anschauen. Wir müssen von außen nach innen vorgehen. Wir müssen unsere Verantwortung auf dem afrikanischen Kontinent endlich wahrnehmen und dort vernünftige Entwicklungspolitik betreiben. Heute Nachmittag haben wir darüber gesprochen, dass wir als Bayern unseren Beitrag leisten wollen. Ich glaube, wenn wir das so angehen, können wir einen vernünftigen Weg gehen, und zwar ganz sachlich, ganz ruhig und nicht marktschreierisch und heuchelnd um Wählerstimmen kämpfend; denn es geht um Menschenleben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich darf Herrn Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion aufrufen.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon mehrmals darauf hingewiesen worden, dass in diesem AfD-Antrag wieder einmal Menschen kriminalisiert werden, die Menschen in Lebensgefahr im Mittelmeer aus dem Wasser holen. Ich will das noch einmal verstärken und unterstreichen. In diesem Antrag geht es nicht nur um Kriminalisierung. Im Antrag der AfD wird von Verbrechen gesprochen – schon in der Überschrift. Ich weiß nicht, ob den Kollegen von der AfD bewusst ist, welchen Begriff sie gewählt haben. Von Verbrechen

spricht man, wenn es sich um einen besonders schwerwiegenden Verstoß gegen die Rechtsordnung handelt oder um einen Verstoß gegen die Grundregeln menschlichen Zusammenlebens. Das wird den Schiffsbesatzungen auf den Schiffen im Mittelmeer seitens der AfD vorgeworfen.

Ich danke all denjenigen, die links von der FDP sitzen und die Anträge bereits kommentiert haben. Dem kann man sich anschließen. An dieser Stelle ist es wohltuend zu hören und zu spüren, dass wir bei der politischen Bewertung dieser zentralen Fragen völlig übereinstimmen. Es geht vor allem darum, die AfD in ihrer Unmenschlichkeit zu demaskieren. An dieser Stelle richte ich einen herzlichen Dank an meine Vorredner.

(Beifall bei der FDP, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wenn die Menschen, die sich in Lebensgefahr befunden haben, in sichere Häfen einlaufen, dürfen wir die Küstenländer nicht alleinlassen. Darauf ist bei dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt bereits hingewiesen worden. Das muss ich jetzt auch nicht weiter ausführen. Im Rahmen einer europäischen Solidaritätsinitiative sollten geordnete Verfahren und gesicherte Lösungen entwickelt werden. Das geht einen Schritt weiter. In diesen Tagen haben wir die Hoffnung, dass es über die bereitwillig solidarischen Staaten hinaus noch weitere Staaten geben wird, die sich anschließen. Außerdem sollte es eine klare Abgrenzung gegenüber dieser unsäglichen Politik der AfD geben, die auch in diesem Antrag zum Ausdruck kommt. Selbstverständlich ist dieser Antrag abzulehnen. Das braucht an dieser Stelle nicht mehr besonders betont zu werden.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 18/2935 abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FDP, der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Enthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Swoboda enthält sich der Stimme. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt folgt die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 18/2867. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem SPD-Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Enthaltungen! – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Verehrte Damen und Herren, ich gebe nun das Ergebnis der vorherigen Wahl bekannt; das war die Wahl eines Vertreters des Landtags in den Verwaltungsrat für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Auf Herrn Prof. Dr. Ingo Hahn entfielen 46 Jastimmen und 101 Neinstimmen. Es gab 19 Enthaltungen. Damit hat Herr Prof. Hahn nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich bedanke mich, dass Sie die erste Sitzung nach der Sommerpause so gut durchgehalten haben. Ich wünsche denen, die jetzt noch auf die Wiesn gehen, viel Spaß und den anderen natürlich genauso viel Spaß.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19:00 Uhr)